Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/4081

21. 05. 80

Sachgebiet 5

Beschlußempfehlung und Bericht
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 8/3568 —

Weißbuch 1979 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

das Weißbuch 1979 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr — Drucksache 8/3568 — zur Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 22. Mai 1980

Der Verteidigungsausschuß

Dr. Wörner	**Frau Krone-Appuhn**	**Möhring**
Vorsitzender	Berichterstatter	

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51

Bericht der Abgeordneten Frau Krone-Appuhn und Möhring

Der Deutsche Bundestag hat das Weißbuch 1979 zur Sicherung der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr in seiner 200. Sitzung am 25. Januar 1980 ohne Aussprache gemäß § 76 Abs. 2 GO federführend dem Verteidigungsausschuß und mitberatend dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Im Haushaltsausschuß ist die Vorlage am 19. März 1980 behandelt und zur Kenntnis genommen worden. Der Verteidigungsausschuß hat das Weißbuch in seiner 92. Sitzung am 27. Februar 1980 beraten und in seiner 96. Sitzung am 16. April 1980 einstimmig beschlossen, Kenntnisnahme zu empfehlen.

In der Beratung wurden die unterschiedlichen Standpunkte der Fraktionen der CDU/CSU einerseits und der SPD und FDP andererseits bei der Beurteilung des Weißbuches 1979 deutlich.

So hob die CDU/CSU-Fraktion zwar die Fülle der zusammengetragenen Fakten hervor, vermißte aber eine daraus zu ziehende Bilanz und eine programmatische Vorausschau. Die Feststellung, der Friede sei sicherer geworden, treffe nicht zu.

Von einer Verbesserung oder Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten kann nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion angesichts der fortschreitenden Bedrohung durch die Sowjetunion und den Warschauer Pakt und der ungelösten innerdeutschen Probleme nur sehr begrenzt gesprochen werden. Ein halbes Jahr nach Erscheinen des Weißbuches habe der sowjetische Einmarsch in Afghanistan die weltpoltische Lage zusätzlich verschärft. Die Konzeption des Weißbuches, Sicherheits- und Entspannungspolitik als gleichwertige Fundamente der Friedenspolitik anzusehen, sei gescheitert. Die zivile Komponente der Gesamtverteidigung sei weitgehend vernachlässigt worden.

Auf die Bündnisprobleme eingehend unterstrich die CDU/CSU die Darstellung der Partnerschaft zu den USA im Weißbuch 1979, bemängelte aber zugleich die fehlende Entschlossenheit zur Verstärkung der NATO-Flanken.

Die Lage der Bundeswehr selbst ist nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion unbefriedigend. Eine Verringerung der Aufgaben sei angesichts der weltpolitischen Entwicklung ausgeschlossen; vielmehr gelte es, entsprechend der eingegangenen Verpflichtung die Haushaltsmittel so zu verstärken, daß eine Realsteigerung um 3 v. H. erreicht werde. Beim Einsatz der Mittel müßten Prioritäten gesetzt werden, bei denen vor allem die Erhöhung der Munitionsvorräte und die Lösung sozialer Fragen in der Bundeswehr Vorrang hätten. Der Beförderungs- und Verwendungsstau sei über den sozialen Aspekt hinaus bereits zu einem Problem der Einsatzbereitschaft und damit der Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr geworden.

SPD und FDP unterstrichen übereinstimmend Analyse und Aussagen des Weißbuches 1979. Die Sicherheitspolitik der Bundesregierung umfasse das Ost-West-Verhältnis ebenso wie den Nord-Süd-Dialog.

Sicherheitspolitik und Entspannung seien gleichrangig und beinhalteten keinerlei auch nur gedankliche Vorleistung zuungunsten der militärischen Sicherheit. Die Sicherheit der Bündisflanken und insbesondere die Stabilisierung der Türkei seien vorrangig, dem werde besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Gesamtverteidigung habe sich angesichts der möglicherweise gewandelten psychologischen Grundeinstellung an den finanziellen Möglichkeiten zu orientieren, in deren Rahmen eine Steigerung vorzunehmen sei.

Die Bundesrepublik Deutschland steht nach der Überzeugung von SPD und FDP — auch wegen Berlin — an der Seite des Westens. Im Rahmen des Ausgleiches mit dem Osten werde die Politik der Bundesregierung die Stellung der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu beiden Machtblöcken festigen. Der transatlantische Dialog erfordere aber zunächst auch die Solidarität der Europäer.

Beide Koalitionsfraktionen begrüßten, daß sich das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform durchgesetzt habe und die Grundsätze der Inneren Führung weitestgehend anerkannt würden.

Sie betonten ihre Entschlossenheit, entsprechend den von der Bundesregierung im Weißbuch getroffenen Feststellungen den Verteidigungshaushalt um real 3 v. H. zu erhöhen und dabei die Munitionsbevorratung und die soziale Situation der Soldaten mit Vorrang zu berücksichtigen.

Bonn, den 22. Mai 1980

Frau Krone-Appuhn **Möhring**

Berichterstatter